

SPEZIALREDE

der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion
zum Budget 2017/2018

gehalten von

Gemeinderat Christoph HÖTZL

am 29. Juni 2017

Sehr geehrte Damen und Herren!
Hoher Gemeinderat!
Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer auf dem Balkon!
Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Dieses erste gemeinsame Doppelbudget trägt die Handschrift jener Zusammenarbeit zwischen ÖVP und FPÖ, die im April diesen Jahres ihren Anfang genommen hat. Dieses Doppelbudget ist aber auch ein verantwortungsvoller Umgang mit überbundenen Verpflichtungen. Ein verantwortungsvoller Umgang mit einem Schuldendienst, dessen Ursprung in vergangenen Perioden zu finden ist. Es ist ein verantwortungsvoller Umgang mit Projekten, die in der Vergangenheit beschlossen wurden, bis heute aber noch nicht umgesetzt sind. Es ist zudem auch ein verantwortungsvoller Umgang mit jenen Verpflichtungen, die den Gebietskörperschaften unterer Ebene – Statutarstädte und Gemeinden – zunehmend aufgebürdet werden, für die es aber weder im horizontalen noch im vertikalen Finanzausgleich eine adäquate Bedeckung gibt. Flexibilität, Verantwortungsbewusstsein, aber auch Kreativität und Innovation sind die wesentlichen Eckpfeiler dieses Doppelbudgets, das noch einen weiteren vorherbestimmten Parameter zu berücksichtigen hatte.

Die Umstellung von der Kameralistik auf die Doppik im Laufe dieser Wahlperiode macht dieses Doppelbudget erforderlich. Diese Umstellung auf die Drei-Komponenten-Rechnung – Cash-Flow, Ergebnisrechnung und Vermögensrechnung – ist eine Verabschiedung vom alten System der Kameralistik und eine Fortführung der bereits im Land Steiermark umgesetzten Gebarung. Damit werden auch jene Vermischungen, die im Haus Graz durch die unterschiedlichen Systeme – Kameralistik und Doppik – entstanden sind, bereinigt.

Grundsätzlich galt es, ein Budget zu erstellen, das eine klare Linie vorgibt, und das die Eckwerte der einzelnen Abteilungen danach ausrichtet und somit den Grundsatz der Gesamtverantwortung auf allen Ebenen widerspiegelt. Dieses System wird sich auch in einzelnen Projekten und in deren Umsetzung widerspiegeln. Das bedeutet, dass die Projektverantwortlichen ihr finanzielles Limit kennen müssen und Projektfortschritt und die damit einhergehende geforderte Projektliquidität passgenau darstellen müssen, da es ja auch so im Budget abgebildet werden sollte. Die Einhaltung dieses Budgets wird durch strenge Projektplanung und ebenso strenge Projektkontrolle überwacht werden.

In der Gesamtbetrachtung ergeben sich einige Grundsätze, die sich die Agenda-Parteien auferlegt haben. Auf Dauer sollen die Schulden die Betriebsleistung nicht übersteigen. Die Schulden müssen also in einer tragbaren Relation zu den Einnahmen und Investitionen stehen. Dieses System der Kerneinnahmenbetrachtung in Relation zum Schuldenstand ist natürlich sehr vereinfacht aber im Grunde doch vergleichbar mit der volkswirtschaftlichen Gesamtannahme, in der das Verhältnis von Schulden zum BIP dargestellt wird.

Im Zuge einer sogenannten Kerneinnahmenbetrachtung lassen sich für das Jahr 2017 rund knapp 600 Millionen Euro prognostizieren. Diese Einnahmen setzen sich zusammen aus 320 Millionen Euro Ertragsanteilen und 275 Millionen Euro eigenen Steuern und Einnahmen.

Unter der natürlich nur als theoretischem Denkmodell gedachten Annahme eines extremen Sparkurses sollen die Schulden der Stadt Graz theoretisch in drei Jahren refinanziert werden können.

Im Folgenden darf ich exemplarisch einige Leuchttürme des aktuellen Budgets herausgreifen.

Im vorliegenden Doppelbudget wurden im Bereich des sozialen Wohnbaus mit rund 8 Millionen Euro die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass bis Ende des Jahres 2018 insgesamt 84 Wohneinheiten – überwiegend durch Neubau, aber auch am Wege von Dachgeschossausbauten im Altbestand – errichtet werden können. Den bedeutendsten Anteil dabei haben die Bauprojekte Grünanger und Adlergasse/Mitterstraße.

Am Grünanger, dem größten Bauprojekt, sollen bis zu 60 Wohneinheiten neu entstehen. Dieser erste Bauabschnitt wird voraussichtlich bis Ende 2018 abgeschlossen sein. Das Projekt Adlergasse/Mitterstraße wird circa 20 neue Wohneinheiten umfassen. Beide Wohnbauprojekte sind seit fast 50 Jahren – gemeinsam mit dem bereits in der vorangegangenen Wahlperiode budgetierten Wohnbauprojekt in der Faunastraße – die ersten Gemeindewohnungen, die durch eigene Bautätigkeit der Stadt Graz realisiert werden. Der letzte Wohnungseigenbau durch die Stadt war das Projekt Laudongasse 12 im Jahre 1969.

Um das hochgesteckte Ziel der Neuschaffung von sozialem Wohnraum überhaupt erfüllen zu können, ist es dringend notwendig, dass die Stadt Graz wieder eigene Bautätigkeit entfaltet. Die vorhandenen Freiflächen im Gemeindegebiet der Stadt Graz, die als Bauland ausgewiesen sind, eignen sich hervorragend für die Umsetzung von Wohnbauprojekten. Die teilweise engen Bestimmungen der Steiermärkischen Wohnbauförderung – vor allem hinsichtlich des Emissionsschutzes – hätten aber etwa das Bauprojekt in der Faunastraße am Wege des Übertragungswohnbaus unrealisierbar gemacht.

Weiters wurde ein umfassendes Sanierungsprogramm in einem Gesamtausmaß von rund 16,5 Millionen Euro für die Jahre 2017 und 2018 veranschlagt. Zum überwiegenden Teil besteht dieses Sanierungsprogramm aus größeren Maßnahmen wie etwa Grundrissänderungen. Ein weiterer Bestandteil sind thermische Sanierungsmaßnahmen, in deren Rahmen Fenstertausche aber auch Dämmungen von Fassaden, Dachgeschossdecken und Kellerdecken durchgeführt werden. Ebenso Teil des umfassenden Sanierungsprogrammes ist der Einbau von Aufzugsanlagen. Insgesamt soll es durch dieses Sanierungsprogramm zu einer merkbaren Verbesserung der Wohnqualität – sowohl technisch als auch optisch – kommen. Durch diese Maßnahmen werden 10 neue Wohneinheiten entstehen.

Zu diesem Ressortbereich zählen weiters ein mit einer Million Euro pro Jahr budgetiertes Erhaltungsprogramm sowie die Grundstücksbevorratung bis Ende 2018 mit einer Höhe von 4,8 Millionen Euro.

Aber auch über diese Kernprojekte hinaus gibt es in anderen Ressorts wichtige und die Lebensqualität der Grazer sichernde Maßnahmen, die gerade durch die Agenda 22 neu geschaffen oder zumindest weiterhin dauerhaft gewährleistet werden. Ein kleines aber sehr erfolgreiches Detail in dieser Hinsicht ist das sehr positiv angenommene Heimweg-Telefon, das als wichtiges Projekt natürlich weiter fortgeführt und entsprechend budgetiert wird. Auch die Einrichtung eines stadteigenen Erhebungsdienstes wurde bereits in die Wege geleitet und soll die entsprechenden Verfahren vereinfachen und verschlanken, was letztendlich der Grazer Bevölkerung zugutekommt.

Die Zusammenlegung der Ordnungswache und der Rathauswache ist ein nächstes Projekt, das durch diesen Budgetbeschluss realisiert wird und das Doppelgleisigkeiten verhindert, Strukturen vereinfacht und dazu gedacht ist, Synergieeffekte positiv auszunutzen.

Es muss aber auch im Interesse einer Stadt sein, den Wirtschaftsstandort, den Forschungsstandort und damit auch Arbeitsplätze zu sichern. Die Stadt Graz hat die Aufgabe, Impulse zu setzen, die für Unternehmen attraktiv sind, die dazu geeignet sind, Unternehmensansiedlung zu gewährleisten, und die Rechtssicherheit für Investoren herstellen und schaffen. Es bedarf ganz konkreter Wirtschaftsanreizsysteme, um die Investitionsfreudigkeit von Unternehmern zu stärken. Die positiven Effekte am Arbeitsmarkt sind die eine Seite, die Kommunalsteuer und die daraus generierten Einnahmen die andere, auf die eine kommunale Gebietskörperschaft wie die Stadt Graz natürlich achten muss. Die Einnahmen aus Kommunalsteuer sind in den letzten Jahren immerhin von 95 auf 120 Millionen Euro gestiegen.

Ein in unserem Bereich liegender Ansatzpunkt, hier hilfreich zur Seite zu stehen, sind entsprechende Servicestellen, die dazu geeignet sind, Verfahren zu beschleunigen, und auch Großprojekte zügig abzuwickeln. In diesem Zusammenhang sei auf die geplante Einrichtung einer Servicestelle in der Bau- und Anlagenbehörde verwiesen, in der eine sogenannte Verfahrenskordinationsstelle eingerichtet wird, die zu vorgenannten Zwecken dienen soll.

Abschließend halte ich fest, dass es natürlich so ist, dass jeder in seinem Ressort, jeder in seinem Bereich, Wünsche hat, die nicht erfüllt werden können. Es gibt Notwendigkeiten, die müssen von einer Stadt erfüllt werden, und es gibt Dinge, die müssen hintangestellt werden. Mit dieser Problematik kämpfen vermutlich ein Großteil der Grazer Haushalte ebenso wie es die Stadt selbst tut. Die Erfüllung und Realisierung von Vorhaben, von Wünschen und Plänen wird in wirtschaftlicher Hinsicht von der normativen Kraft des Faktischen begrenzt. Es gibt wenige Parteien, die in den letzten Jahren so taten, als sei Geld unbegrenzt herbeizuschaffen, und die sich bei der Budgetgestaltung jeglicher Gesamtverantwortung entzogen haben, um am Ende lediglich in ihrem eigenen Ressort möglichst große Spielräume

zu eröffnen, die dann letztendlich nicht ganz uneigennützig und ebenso wenig frei von Populismus zur parteipolitischen Eigenbewerbung verwendet wurden.

Ich habe vor allem von kommunistischer Seite noch nie wirklich Brauchbares gehört, das dazu geeignet wäre, die Wirtschaft zu beleben, um auf diesem Wege Einnahmen für die Stadt Graz zu generieren. Das kommunistische System fußt darauf, neue Steuern zu schaffen, jemandem etwas wegzunehmen, um damit eine sogenannte Verteilungspolitik zum eigenen Vorteil zu gestalten.

Leider Gottes aus kommunistischer Sicht und Gott sei Dank aus Sicht der übrigen Grazer sind die Kommunisten in jenen gesetzgebenden Einrichtungen, die zur Schaffung neuer Steuern notwendig wären, nur minimal bis gar nicht vertreten. Das Abgabenerfindungsrecht der Stadt Graz ist enden wollend. Alleine aus diesem pragmatischen Ansatz heraus darf das Wirtschaftskonzept der Grazer KPÖ hinterfragt werden.

Dass wir Freiheitlichen im Allgemeinen und ich im Speziellen auch wirtschaftspolitisch anderer Ansicht sind ist ein Faktum, das nicht weiter ausgeführt werden muss und sich durch die Haltungen unserer beiden Parteien von allein erklärt.

Vor diesem Hintergrund darf man auch gar nicht enttäuscht sein, wenn KPÖ und Grüne hier nicht an einer budgetären Gesamtverantwortung teilhaben wollen. Aber eines kritisiere ich doch, und das stört mich und wohl auch die meisten Grazer empfindlich. Für ihre Vorstellungen von Sozialpolitik, für die Umsetzung ihrer Verteilungspolitik und für manchen sozialromantischen Tagtraum, der wohl eher gefährlich als nutzbringend ist, fordern sie seit Jahren die Bereitstellung ausreichender budgetärer Mittel. Sie wollen verteilen, sie wollen ihre politische Klientel bedienen und auf ihre Art durchaus populistisch Wählerstimmen generieren. Kein allzu altruistischer, aber durchaus ein realistischer und nachvollziehbarer Handlungsstrang von politischen Parteien. Aber seien sie dann bitte auch ehrlich, stehen sie zu einer gewissen Gesamtverantwortung, die auch impliziert, dass man sich nicht nur die budgetären Rosinen herauspicken kann, die es mit sich bringt, dass man auch unangenehme Entscheidungen mittragen und transportieren muss – und das sind nun einmal mitunter auch Einsparungen.

Ich darf vor allem ihnen, den Damen und Herren von der KPÖ, eine kleine Replik zukommen lassen. Wenn sie sagen, die Parteiensubventionen in Graz bestehend aus Klub- und Parteienförderung seien zu hoch bemessen, und man könne auch mit der Hälfte auskommen, gleichzeitig aber bereits um eben diese Förderungen angesucht haben, dann stelle ich mir die Frage, wie ehrlich ist ihnen die Sache bzw. wie populistisch ist ihr Vorgehen?

Entlarvend dazu ein zweites Statement dazu von der KPÖ in einer Grazer Tageszeitung, man spende ohnehin aus diesen Mitteln an die Grazer. Nun, da frage ich mich aber, weshalb muss dieses Geld überhaupt das Mascherl der KPÖ tragen, weshalb bleibt es nicht in der Stadt Graz und wird einem dem Steuerzahler nützlichen Zweck zugeführt?

Vom Steuerzahler für den Steuerzahler gedacht. Auf diesem Weg braucht es die KPÖ eigentlich gar nicht. Die entlarvende Wahrheit ist so leicht zu erkennen, dass sie von den meisten Medien zumeist gar nicht berichtet wird. Diese angebliche Spendentätigkeit der KPÖ ist ein höchst eigennütziges Verwalten der Armut, aus dessen Kreislauf die KPÖ ihre Wählerstimmen zu bekommen hofft.

Das ist die Realität, meine Damen und Herren von den Kommunisten. Sie sind ebenso wenig uneigennützig wie sie Budgetexperten sind. Das Kleine verhält sich zum Großen stets so wie das Große zum Ganzen. Der Kommunismus ist in der Welt gescheitert – er wird im umgekehrten Größenschluss auf lange Sicht auch in der Stadt Graz und auf allen anderen Ebenen scheitern.

Ein letzter Satz noch zu den Sozialdemokraten. Wer Jahrzehnte jedes Budget mitgetragen hat, nicht wenige Schulden selbst begründet hat und keine äquivalenten Gegenwerte geschaffen hat, der möge in budgetären Fragen ein wenig sachlicher auftreten.

Die Budgetexperten der Sozialdemokratie – wer auch immer das gewesen sein soll – waren jedenfalls mediokre Meister einer erschöpfenden Kunst. Mir ist schon klar, sie müssen sich in ihre neue Rolle erst einfinden, aber ich darf ihnen empfehlen, ein wenig Ruhe und ein wenig Sachlichkeit in ihre Diskussion einfließen zu lassen und vielleicht die eine oder andere Stunde zur Selbstreflexion zu nützen. Wer reichlich Butter auf dem Kopf hat, glänzt zwar kurzfristig im Sonnenschein, nicht aber im Budget-Gemeinderat der Stadt Graz. Wenn sie von Populismus sprechen und in den Zeitungen von Machtrausch und von Versorgungsjobs orakeln, dann sag ich ihnen nur ganz kurz, werfen sie einen Blick auf die Personalpolitik ihrer Vorgängerin und denken sie nach, ob sich ihre Kritik nicht in erster Linie an ihre eigene Partei richtet.

In Summe halte ich fest, nichts Überraschendes, die üblichen Einwürfe jener Parteien, die sich der Gesamtverantwortung entzogen haben – man muss diese Dinge ernst nehmen, das gebietet alleine schon der Respekt, auch wenn man fachlich anderer Meinung ist. Letztendlich werden wir aber unseren Kurs der Agenda 22 auch auf budgetärer Ebene fortsetzen. Dieses Doppelbudget ist ein erster, ein wichtiger Schritt in diese Richtung, wir haben noch viel gemeinsam vor.

Ich bedanke mich bei allen Mitarbeitern in den Abteilungen der Stadt Graz – vor allem der Finanzdirektion -, bei allen Weiteren, die beim Zustandekommen dieses Budgets mitgewirkt haben. Wenn wir heute über diesen Voranschlag abstimmen, dann nehmen wir auch die Arbeit und das fachliche Wissen von vielen, vielen Mitarbeitern des Magistrates Graz in den einzelnen Abteilungen und auch politischen Büros respektvoll und dankend an.

Ein wichtiger Schritt in die Zukunft, die wir aktiv gestalten wollen. Herzlichen Dank!